

## Protokoll

der öffentlichen Sitzung  
des Schulausschusses

**Sitzungsdatum:** 04. September 2014  
**Sitzungsort:** Hamburg, in Sitzungssaal 1, Schmiedestraße 2, 3. OG  
**Sitzungsdauer:** 17:02 Uhr bis 22:24 Uhr  
**Vorsitz:** Abg. Wolfhard Ploog (CDU)  
**Schriftführung:** Abg. Lars Holster (SPD)  
**Sachbearbeitung:** Sabine Dinse

---

### Tagesordnung:

1. Drs. 20/12720 Berichterstattung über den Haushaltsverlauf der auf den doppelten Produkthaushalt umgestellten Behörden zum 2. Quartal 2014 (Halbjahresbericht) sowie Stellungnahme des Senats zum Ersuchen der Bürgerschaft vom 16. Mai 2013 - Jährliches Berichtswesen für Schulbaumaßnahmen (Drucksache 20/7981) (Bericht Senat)  
- Der Haushaltsausschuss ist federführend, der Schulausschuss und weitere Fachausschüsse sind mitberatend. –  
  
zusammen mit  
  
Drs. 20/12816 Bericht über den Haushaltsverlauf 2014 (Bericht Senat)  
- Der Haushaltsausschuss ist federführend, der Schulausschuss und weitere Fachausschüsse sind mitberatend. -

2. Drs. 20/13000      Haushaltsplan-Entwurf 2015/2016, Mittelfristiger Finanzplan 2014 - 2018 und Haushaltsbeschluss-Entwurf 2015/2016 der Freien und Hansestadt Hamburg  
(Antrag Senat)  
  
- Der Haushaltsausschuss ist federführend, der Schulausschuss und weitere Ausschüsse sind mitberatend. -
  
3. Drs. 20/9580      Stärkung des Gymnasiums: Zehn-Punkte-Programm für eine qualitative Weiterentwicklung des G8  
(Antrag CDU)  
  
zusammen mit  
  
Drs. 20/10135      Jetzt das achtjährige Gymnasium neu gestalten: Schülerinnen und Schüler entlasten!  
(Antrag GRÜNE)
  
4. Drs. 20/11526      Bilanz starke Stadtteilschule, Stellungnahme des Senats zum Ersuchen der Bürgerschaft vom 13. Dezember 2012 (Drucksache 20/6158)  
(Bericht Senat)  
  
zusammen mit  
  
Innere und äußere Differenzierung. Erfolgreiche Unterrichtskonzepte in der Mittelstufe  
(Selbstbefassung gem. § 53 Absatz 2 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft)
  
5.                      Verschiedenes

**Anwesende:**

**I. Ausschussmitglieder**

Abg. Dr. Stefanie von Berg (GRÜNE)  
Abg. Matthias Czech (SPD)  
Abg. Jan-Hinrich Fock (SPD)  
Abg. Ulrike Hanneken-Deckert (SPD)  
Abg. Lars Holster (SPD)  
Abg. Hildegard Jürgens (SPD)  
Abg. Gerhard Lein (SPD)  
Abg. Wolfhard Ploog (CDU)  
Abg. Karin Prien (CDU)  
Abg. Dr. Walter Scheuerl (fraktionslos)

**II. Ständige Vertreterinnen und**

Abg. Barbara Duden (SPD)  
Abg. Birgit Stöver (CDU)

**III. Weitere Abgeordnete**

Abg. Finn-Ole Ritter (FDP)  
Abg. Frank Wiesner (SPD)

**IV. Senatsvertreterinnen und Senatsvertreter**

Behörde für Schule und Berufsbildung

Herr	Senator	Ties Rabe
Herr	Staatsrat	Dr. Michael Voges
Herr	Senatsdirektor	Dr. Hannes Alpheis
Herr	Ltd. Regierungsdirektor	Dr. Christoph Bohlen
Herr	Oberregierungsrat	Jan Woelky
Frau	Regierungsrätin	Bettina Meißner
Herr	Regierungsdirektor	Dr. Lars Neuwerth
Herr	Landesschulrat	Norbert Rosenboom
Herr	Senatsdirektor	Thomas Schröder-Kamprad
Frau	Oberschulrätin	Marlene Schnoor
Herr	Regierungsdirektor	Jens Rustenbach
Frau	Oberschulrätin	Dr. Maren Knebel-Pasinski
Herr	Ltd. Regierungsdirektor	Andreas Gleim
Herr	Ltd. Oberschulrat	Dr. Michael Just
Frau	Ltd. Oberschulrätin	Elisabeth Rüssmann
Frau	Wiss. Angestellte	Susanne Junge
Herr	Regierungsamtmann	Matthias Bierkarre
Herr	Oberschulrat	Adalbert Helfberend

Finanzbehörde

Herr	Ewald Rowohlt, Schulbau Hamburg, Geschäftsführer
Frau	Getrud Theobald, Schulbau Hamburg
Herr	Christian Gehring, Schulbau Hamburg

## **V. Vertreterinnen und Vertreter der Öffentlichkeit**

15 Personen

### **Zu TOP 01**

Keine Niederschrift, siehe Stellungnahme an den federführenden Haushaltsausschuss.

### **Zu TOP 02**

Keine Niederschrift, siehe Stellungnahme an den federführenden Haushaltsausschuss.

### **Zu TOP 03**

Zu Drucksache 20/10153: siehe Bericht an die Bürgerschaft.

Die CDU-Abgeordneten begründeten ihren Antrag aus der Drucksache 20/9580 und beantragten eine Sachverständigenanhörung nach Paragraph 58 Absatz 2 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft. Sollte sich keine Mehrheit für den Antrag zu einer Sachverständigenanhörung finden, wollten sie eine öffentliche Anhörung nach Paragraph 59 Absatz 1 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft beantragen.

Die Abgeordnete der Fraktion die GRÜNEN zog die Ziffern 2, 3 und 4 ihres Antrages aus der Drucksache 20/10153 zurück und erklärte sie für erledigt, da die Behörde für Schule und Berufsbildung diese Punkte aufgegriffen habe. Die Ziffer 1 ihres Antrages wolle sie aufrechterhalten, um Gymnasien die Chance zu geben, auf der Basis eines Schulkonferenzbeschlusses zur teilgebundenen oder vollgebundenen Ganztagschule zu werden. Mit dieser Umwandlung werde aus ihrer Sicht eine bessere Rhythmisierung des Unterrichts möglich, was auch eine Entlastung für die Schülerinnen und Schüler bedeute. Dem Antrag der CDU-Abgeordneten zu einer Sachverständigenanhörung wolle sie sich anschließen. Sollte sich dazu keine Mehrheit finden lassen, wollte sie ihren Antrag abstimmen lassen.

Die SPD-Abgeordneten führten aus, den Ziffern 1 der jeweils vorliegenden Anträge stimmten sie inhaltlich in vielerlei Hinsicht zu, denn auch aus ihrer Sicht sollten Gymnasien aus dem Status der besonderen Prägung hin zu ganz normalen Ganztagschulen werden können. Allerdings würden sie den Petitionspunkt anders formulieren. Zu dem Antrag der CDU-Abgeordneten machten sie deutlich, den weiteren Petitionspunkten nicht zustimmen zu wollen. Sowohl bezüglich der Durchlässigkeit als auch zu den Themen der Klassenwiederholungen und Verwaltungsleitung wie den weiteren Punkten hätten sie unterschiedliche Standpunkte, die sie bereits ausgeführt hätten.

Die SPD-Abgeordneten stellten weiterhin klar, einer Sachverständigenanhörung wollten sie nicht zustimmen, das Abstimmungsergebnis zu einer öffentlichen Anhörung bleibe abzuwarten.

Die Senatsvertreterinnen und –vertreter machten deutlich, sie stimmten der Umwandlung von Gymnasien mit besonderer Prägung zu Ganztagschulen nach Rahmenkonzept sehr

wohl zu, wie sie es für das Gymnasium Hoheflucht, das Helmut-Schmidt-Gymnasium in Wilhelmsburg und das Kurt-Körper-Gymnasium getan hätten. Sie ständen einer weiteren Entwicklung von Gymnasien zu gebundenen Ganztagschulen insgesamt offen gegenüber und wollten die Entwicklung unterstützen.

Die Abgeordnete der Fraktion die GRÜNEN stellte klar, zu der Drucksache 20/11526 „Bilanz starke Stadtteilschule“ des folgenden Tagesordnungspunktes wolle sie einer öffentlichen Anhörung zustimmen. Die Sinnhaftigkeit einer öffentlichen Anhörung zu den Gymnasien bezweifle sie, befürworte aber dazu eine Sachverständigenanhörung.

Die SPD-Abgeordneten erklärten, den Petitionspunkt 1 des Antrages der Abgeordneten der Fraktion die GRÜNEN wollten sie dahingehend verändern, dass er laute:

- ... zu prüfen, wie ein Gymnasium nach Bedarf von Ganztagschulen besonderer Prägung zur gebundenen Ganztagschule weiterentwickelt werden kann.

Die Senatsvertreterinnen und –vertreter verwiesen auf den Tatbestand, dass bei einer Umwandlung eines Gymnasium zu einer Ganztagschule die Schulkonferenz mitentscheiden könne, ob die Schule dabei im Rahmen dieser Mittelzuweisung zu einer

- offenen Ganztagschule,
- teilgebundenen Ganztagschule oder einer
- ganzgebundenen Ganztagschule

werde. Diese Möglichkeiten sollten bei der Petitionsänderung der SPD-Abgeordneten berücksichtigt werden, indem der Passus „zur gebundenen Ganztagschule“ in „zu Ganztagschulen nach Rahmenkonzept“ geändert werde.

Die Abgeordnete der Fraktion die GRÜNEN entgegnete, die Form der offenen Ganztagschule würden sie nicht befürworten, da sie nicht ihrer Vorstellung der Weiterentwicklung von Gymnasien entspreche. Deshalb hätten sie die Formulierung der gebundenen und teilgebundenen Ganztagschulen für ihr Petition gewählt.

Die CDU-Abgeordneten machten deutlich, sie wollten ihren Antrag nicht abstimmen lassen. dem Petitionspunkt 1 aus dem Antrag der Abgeordneten der Fraktion die GRÜNEN zustimmen.

Die SPD-Abgeordneten änderten ihren Petitionsvorschlag, der jetzt lauten solle:

- ... zu prüfen, wie ein Gymnasium nach Bedarf von Ganztagschulen besonderer Prägung zur Ganztagschule nach Rahmenkonzept weiterentwickelt werden kann.

Der Ausschuss kam sodann zur Abstimmung (bei Abwesenheit der Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE):

#### **Drucksache 20/10135 (Antrag der Fraktion die GRÜNEN)**

Die Abgeordnete der Fraktion die GRÜNEN zog die Petitionspunkte 2 bis 4 ihres Antrages zurück. Der Petitionspunkt 1 wurde mehrheitlich mit den Stimmen der SPD- und FDP- Abgeordneten gegen die Stimmen der Abgeordneten der Fraktion die GRÜNEN und der CDU-Abgeordneten abgelehnt.

#### **Drucksache 20/9580 (Antrag der CDU-Fraktion)**

**Der Antrag der CDU-Abgeordneten zu einer Sachverständigenanhörung** wurde mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Abgeordneten gegen die Stimmen der CDU-, FDP- Abgeordneten und der Abgeordneten der Fraktion die GRÜNEN abgelehnt.

**Dem Antrag der CDU-Abgeordneten zu einer öffentlichen Anhörung** wurde mit den Stimmen der CDU- und FDP-Abgeordneten zugestimmt.

## **Zu TOP 04**

Die Abgeordnete der Fraktion die GÜNEN beantragte eine öffentliche Anhörung nach Paragraf 59 Absatz 1 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft. Die SPD-Abgeordneten stimmten dem ebenfalls zu.

Die CDU-Abgeordneten wollten sowohl dem Antrag zu einer öffentlichen Anhörung zustimmen als auch eine Sachverständigenanhörung nach Paragraf 58 Absatz 2 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft beantragen, da sie zu der Thematik eine wissenschaftliche Begleitung für sinnvoll erachteten.

Die Sachverständigenanhörung wurde mehrheitlich abgelehnt mit den Stimmen der SPD-Abgeordneten und gegen die Stimmen der CDU-, FDP-Abgeordneten und gegen die Abgeordnete der Fraktion die GRÜNEN.

Dem Antrag zu einer öffentlichen Anhörung wurde einstimmig zugestimmt.

### **Verschiedenes:**

Die SPD-Abgeordneten erklärten für die Tagesordnung der nächsten Sitzung am 30. Oktober 2014, auf dieser solle die öffentliche Anhörung zu den Stadtteilschulen (TOP 4) und im Anschluss die Senatsauswertung durchgeführt werden.

Die SPD-Abgeordneten äußerten, für die öffentliche Anhörung zu den Gymnasien (TOP 3) werde der Sitzungstermin am 4. Dezember 2014 genutzt.

Der Abgeordnete Dr. Walter Scheuerl stellte einen Antrag zur Selbstbefassung nach Paragraf 53 Absatz 2 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft, der aus seiner Sicht zu TOP 4 und der Thematik der Stadtteilschulen passen würde: *Abschaffung des Jahrgangswiederholens: Auswirkungen auf den Lernstand der Schülerinnen und Schüler in der Jahrgangsstufe 10 des Schuljahres 2013/2014.*

Die CDU-Abgeordneten hielten das Anliegen des Abgeordneten Dr. Walter Scheuerl für wichtig, wollten die Thematik aber nicht mit einer Selbstbefassung beraten.

Der Ausschuss lehnte den Antrag auf eine Selbstbefassung des Abgeordneten Dr. Walter Scheuerl einstimmig ab.

Der Ausschussvorsitzende erwähnte eine internationale Terminanfrage von Schulleitern aus Kasachstan und Russland, die in der 48. oder 49. Kalenderwoche 2014 einen Besuch in Hamburg machen und Informationen und Meinungen Hamburger Abgeordneter erfahren wollten. Als Thematik sei formuliert: *Die Aufgaben der Politik auf dem Gebiet der Schulbildung angesichts der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen, die momentan und in der nahen Zukunft erwartet werden.* Als Termine seien vorgeschlagen worden: der 24. November 2014 und der 1. Dezember 2014.

Der Ausschuss stimmte einem Treffen am 24. November 2014 um 15:30 Uhr für etwa eine Stunde zu.

Wolfhard Ploog (CDU)  
(Vorsitz)

Lars Holster (SPD)  
(Schriftführung)

Sabine Dinse  
(Sachbearbeitung)